

## Personalvorsorge

### Fragezeichen um die SPL

**VADUZ** «Die Konstruktionsmängel im System der staatlichen Personalvorsorge, der eingeschränkte Handlungsspielraum des Stiftungsrats sowie die anhaltende Niedrigzinsphase führen zu einer gestiegenen Wahrscheinlichkeit von sehr hohen Sanierungsbeiträgen zur Stabilisierung der Personalvorsorge.» Dieser Satz im Risikobericht der Post AG lässt nicht unbedingt Gutes erahnen. Im Zuge einer Kleinen Anfrage wollte Wendelin Lampert Näheres dazu wissen. «Ist es aus Sicht der Regierung zu verantworten, dass die SPL einen Teil des Darlehens ab einem Deckungsgrad von 105 Prozent zurückbezahlt, obwohl dieser Deckungsgrad nur mit der beschriebenen massiven Umverteilung, Rentenkürzungen und Solidaritätsbeiträgen erreicht wurde, und auch bei einem Deckungsgrad von 105 Prozent immer noch dringend notwendige Wertschwankungsreserven im Umfang von ca. 134 Mio. Franken fehlen?» Wie Regierungschef Daniel Risch dazu sagte, sei die Entscheidung, einen Teil des Darlehens zurückzuzahlen, ein geschäftspolitischer Entscheid und liege in der Verantwortung des Stiftungsrats.

Die gesamte Umverteilung zu Lasten der Aktivversicherten für die Jahre 2014 bis 2020 beträgt 115,1 Mio. Franken. Davon betrage die unerwünschte Umverteilung für die Jahre 2014 bis 2020 insgesamt 81,7 Mio. Franken. Seit der Gesetzesänderung im Jahre 2014 betrage die Kürzung der **Renten** per 1. Januar dieses Jahres 7,37 Prozent. Der Umwandlungssatz betrage per 1. Januar dieses Jahres 5,025 Prozent, im Alter von 64 Jahren. «Wichtig ist festzuhalten, dass sich die oben erwähnte Rentenkürzung wie auch der Umwandlungssatz per 1. Januar 2021 auf die Jahrgänge 1957 beziehen und nicht pauschal für alle Jahrgänge angewendet werden können. Die jeweiligen Parameter sind für alle Jahrgänge unterschiedlich», so Risch. Wie mittlerweile bekannt ist, verfügt die Regierung seit Januar, dass konkrete Lösungsmassnahmen zur Verhinderung beziehungsweise Eindämmung der Umverteilung in der Zukunft aufzeigen soll. «Derzeit ist es verfrüht, über konkrete Massnahmen zu sprechen», sagte Risch. (hf)